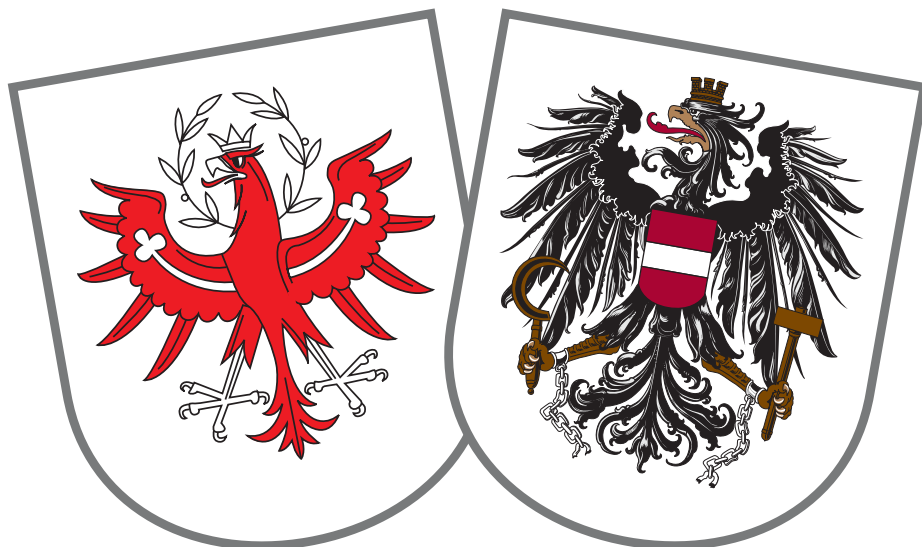


89%

der **Österreicher**
für die **Selbstbestimmung**
der Südtiroler
und für die
Wiedervereinigung
Südtirols mit Österreich



Sehr geehrte Damen und Herren,

es kommt nicht allzu häufig vor, dass die Demoskopie mit Ergebnissen aufwartet, welche selbst langjährige Beobachter des politischen und gesellschaftlichen Geschehens noch zu verblüffen vermögen, wie der Unterfertigte für seine Person einbekennen muss.

Derartig verblüffende, weil spektakuläre Befunde liefert eine Umfrage des in Linz ansässigen **Instituts Spectra**, das **im Auftrag des Südtiroler Heimatbundes (SHB)** die

„Meinung der Österreicher zur Selbstbestimmungsthematik Süd-Tirol“

ergründet hat. Zu deren Präsentation im Rahmen einer Pressekonferenz darf ich Sie hiermit für

- **Montag 26. Jänner 2015**
 - **um 10 Uhr (s.t.)**
- **in den Großen Saal des Presseclubs Concordia**
 - **Bankgasse 8, 1010 Wien**

herzlich einladen.

Programmfolge:

Begrüßung	Roland Lang, Obmann des SHB
Umfrageergebnisse, Bewertung	Reinhard Olt
Anlage der Umfrage	Peter Bruckmüller, GF Spectra und Projektleiter
Ergebnisse aus Sicht der Jugend	Benjamin Pixner, Co-Jugendsprecher „Süd-Tiroler Freiheit“
Worte des Dankes	Sepp Mitterhofer, Ehrenobmann des SHB
Aussprache	

Namens und auf Ersuchen des Südtiroler Heimatbundes als Veranstalter bittet der Unterfertigte höflichst um Ihr geschätztes Erscheinen und würde sich freuen, wenn Sie der Pressekonferenz beiwohnen sowie ihr die der Thematik gebührende Aufmerksamkeit schenken und also Ihren publizistischen Beitrag zur öffentlichen Resonanz leisten würden.

Mit kollegialen Empfehlungen und freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Dr. h. c. Reinhard Olt

Die Meinung der Österreicher zur Selbstbestimmung für Südtirol



Roland Lang ist Obmann des Südtiroler Heimatbundes, von Beruf Landwirt und wohnt in Terlan/Südtirol

Sehr geehrte Vertreter der Presse, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Dr. h. c. Olt, geehrter Herr Peter Bruckmüller vom Meinungsinstitut Spectra, lieber Jungpolitiker und Gemeinderat Benjamin Pixner und ein großes Danke dem ehem. Freiheitskämpfer und Ehrenobmann des SHB Sepp Mitterhofer, der trotz seines hohen Alters hier anwesend ist. Ich begrüße alle Medienvertreter, die anwesenden Vertreter aller österreichischen Parteien, die den Weg zu unserer Pressekonferenz gefunden haben sowie die hier anwesenden weiteren ehem. Tiroler Freiheitskämpfer. Ich danke Ihnen, dass Sie zur heutigen Pressekonferenz gekommen sind.

Gestatten Sie mir bitte, dass ich Ihnen den Südtiroler Heimatbund kurz vorstelle: Die Vereinigung wurde am 9. Februar 1974 gegründet. Ziel des Südtiroler Heimatbundes ist die Durchsetzung der Wiedervereinigung von Südtirol mit dem zur Republik Österreich gehörenden Ost- und Nordtirol, von dem es seit 1919 getrennt ist. Die angestrebte Wiedervereinigung soll entweder durch einen Volksentscheid oder durch schrittweisen Vollzug verwirklicht werden.

Der SHB sieht den Weg zur Erreichung dieser Ziele in der Anwendung von friedlichen Mitteln im Allgemeinen und des durch internationale Verträge auch von Italien und Österreich anerkannten Rechtes auf Selbstbestimmung im Besonderen. Der SHB unterstützt in gleicher Weise das Selbstbestimmungsrecht der ladinischen Volksgruppe. Der SHB setzt sich für die sozialen Belange der ehemaligen Häftlinge und für deren Rehabilitierung ein. Im Frühjahr 2011 wurde ich zum Obmann des Südtiroler Heimatbundes gewählt.

Wir stellen Ihnen das Ergebnis einer Umfrage vor, deren Thema für Sie überraschend sein mag. Bereits im Frühjahr d. v. J. haben wir eine Umfrage zur Einstellung der Italiener zur Selbstbestimmung Südtirols gemacht. Das Ergebnis überraschte. Die von einem unabhängigen Meinungsinstitut in Mestre im März 2014 in ganz Italien durchgeführte Meinungsumfrage zeigte eine europäische Reife: 71,8 Prozent der Italiener wären damit einverstanden, dass die Südtiroler ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben. Nun wollten wir aber auch wissen, was unsere Landsleute in Österreich dazu sagen.

Österreich betrachten wir historisch und kulturell als unser Vaterland. Sofort nach seinem Wiederentstehen aus den Ruinen des 2. Weltkrieges hat die österreichische Bundesregierung Südtirol auf die politische Tagesordnung gesetzt, um es zurückzugewinnen. Noch ehe Österreich diplomatisch voll handlungsfähig war, noch vor dem Staatsvertrag mit der Sowjetunion, hat Österreich das Anliegen bei der Pariser Friedenskonferenz und dann gegenüber Italien verfochten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch darauf hinweisen, dass es im Jahre 1946 eine politische Willensbekundung nahezu aller Wahlberechtigten Südtiroler gegeben hat, die mit rund 155 000 Unterschriften die Heimkehr Südtirols nach Österreich gefordert hatten. Sie wurden am 22. April 1946 dem damaligen Bundeskanzler Leopold Figl in Innsbruck bei einer Südtirol- Kundgebung übergeben. Der Osttiroler ÖVP-Nationalratsabgeordnete Franz

Kranebitter hatte in diesem Zusammenhang am 6. Mai 1965 in einer Resolution gefordert, diese Willenskundgebung vom Frühjahr 1946 als Volksabstimmungsergebnis anzuerkennen.

Auf Antrag der Abgeordneten Schärf und Pernter hat der außenpolitische Ausschuss des Nationalrates im Herbst 1946 dann klargestellt, dass das Selbstbestimmungsrecht Südtirols nicht aufgegeben wird, auch wenn aus realpolitischen Gründen die Verwirklichung des Pariser Vertrages und damit der Autonomie für Südtirol verfolgt wurde.

Daran hat sich grundsätzlich bis heute nichts geändert, auch wenn der österreichische Außenminister bei einem Besuch in Südtirol das Anliegen der Selbstbestimmung recht desinteressiert als nicht mehr relevant hinstellte. Mag sein, dass ihm aufgrund seiner Jugend der historische Rückblick fehlt, aus dem sich das Anliegen der Selbstbestimmung als unverzichtbares Recht ableitet.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in den UN-Menschenrechtspakten verankert und gilt nicht nur, wie lange gesagt wurde, für die Entkolonialisierung, sondern für alle Länder. Die Slowaken haben sich friedlich von den Tschechen getrennt, und die Staaten des alten Jugoslawien haben sich aus der serbischen Zwangsjacke befreit. Montenegro hat sich in einer Volksabstimmung für einen eigenen Staat entschieden, so ungern dies die EU auch sehen mochte.

Die Frage ist nun: Gilt das Selbstbestimmungsprinzip außer für die ehemaligen Kolonialländer nur noch in jenen Fällen, wo ein Volk in einem anderen Staat lebt und von diesem unterdrückt wird?

Doch die Slowaken waren nicht unterdrückt, und auch in Montenegro gab es keinen Krieg und auch keine spezifische Unterdrückung. Sie sagten sich dennoch von ihren früheren Staaten los und entschieden sich für die Eigenstaatlichkeit.

Südtirol wird von Italien nicht unterdrückt, es werden ihm nicht grundlegende bürgerliche Freiheiten versagt. Und dennoch haben die Südtiroler stets am Selbstbestimmungsprinzip festgehalten. Von ihrer Gründung bis in die frühen sechziger Jahre auch die damalige alles beherrschende Südtiroler Volkspartei. Dann aber begann sie, dieses Recht für das Linsengericht „Autonomie“ zu verscherbeln. Auch die neue politische Führungsgeneration scheint darauf völlig zu vergessen. Sie hat das mühselige Ringen um das Südtirolpaket nicht mehr mitgemacht, scheint auch kein besonderes historisches Wissen zu besitzen oder jedenfalls wenig Interesse am Thema zu haben.

Doch das Südtirolpaket und die daraus folgende Autonomie ist kein Ersatz für die Selbstbestimmung. Der Begriff Selbstbestimmung meint ausschließlich die freie Entscheidung eines Volkes oder eines Teilvolkes in einem fremden Staat über sein politisches Schicksal. Eine so genannte „innere Selbstbestimmung“ ist keine Selbstbestimmung, sondern lediglich eine Form von Autonomie und damit kein Ersatz für die Selbstbestimmung, sondern nur ein Provisorium. Die Südtirolfrage ist folglich nicht gelöst.

Bei der Diskussion um die Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler kam gerade dies zum Ausdruck. Wäre es den Südtirolern gleichgültig, ob ihr Vaterland Italien oder Österreich ist, dann würden sie diesen Wunsch nach einem österreichischen Pass nicht durch alle deutschen Parteien, Bewegungen, u. a. auch dem Südtiroler Heimatbund und den Schützen, vortragen. Niemanden würde dabei etwas genommen, aber den Südtirolern viel gegeben. Das österreichische Zögern ist uns unverständlich. Denn erstens wäre es ein souveräner Akt Österreichs, und zweitens würde sich Italien hüten, etwas dagegen einzuwenden. Italien gibt sogar noch jenen italienisch Stämmigen die Staatsbürgerschaft, die schon im 19. Jahrhundert ausgewandert sind. Viele andere europäische Staaten machen es ähnlich. Ein

österreichischer Pass wäre für viele Südtiroler ein politisches Bekenntnis zu Österreich als seinem Vaterland.

Im Vergleich dazu ist eine Selbstbestimmung für Südtirol nicht so einfach zu erreichen. Die Umfrage in Italien brachte ein großes Verständnis und damit ein erstaunlich positives Ergebnis. Darum wollten wir nun auch wissen, was die österreichische Bevölkerung darüber denkt.

Trotz EU-Mitgliedschaft beider Länder, trotz der Aufhebung der Grenzkontrollen, die aber keine Aufhebung der Grenzen selbst sind, trotz der ständigen Erklärungen der EU, dass man die Minderheiten schützen wolle, ist das Interesse der Mehrheit der Österreicher auch heute noch immer vom Bewusstsein der historischen Einheit Südtirols mit Tirol und von 1363-1918 mit Österreich geprägt.

Das politische Bewusstsein der Österreicher gegenüber Südtirol drückt also noch immer ein lebendiges historisches Bewusstsein und den Willen zur Rückkehr Südtirols zu seinem Vaterland Österreich aus.

Die Südtiroler verstehen sich als Tiroler, und als Tiroler sind sie Österreicher. Die Österreicher sehen das genauso. Die Umfrage beweist dies, nur die Politik vergisst darauf.

Die Referenten werden nun in die Ergebnisse einführen. Der Südtiroler Heimatbund dankt Ihnen dafür und den Vertretern der Presse für eine angemessene Berichterstattung.

Roland Lang
Obmann des Südtiroler Heimatbundes

Österreich(er) und die Selbstbestimmung der Südtiroler. Demoskopische Ergebnisse und abzuleitende politische Befunde

Die wichtigsten Zeitmarken der Südtirol-Frage



Prof. Dr. Dr. h. c. Reinhard Olt, von 1994 bis 2012 Korrespondent der F.A.Z. in Wien, lehrt Zeitgeschichte an der Fakultät für Mitteleuropäische Studien der Deutschsprachigen Andrassy-Universität in Budapest. Er ist u. a. Träger des „Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst“ und des „Otto-von-Habsburg-Journalistenpreis für Minderheitenschutz und kulturelle Vielfalt“. Die Loránd-Eötvös-Universität (ELTE) in Budapest verlieh Olt 2012 die Würde eines „Doctor honoris causa und Professor“.

1919: Im Friedensvertrag von St.-Germain-en-Laye wird das Land südlich des Brenners entgegen dem vom amerikanischen Präsidenten Wilson propagierten Selbstbestimmungsrecht der Völker Italien zugeschlagen. Im Londoner Geheimvertrag war dem Königreich Italien für dessen Kriegseintritt 1915 an der Seite Frankreichs und Englands die Brenner-Grenze zugesichert worden.

1923: Nach der Machtübernahme Mussolinis beginnt Senator Ettore Tolomei mit der Re-Italianisierung Südtirols. Sein Programm umfaßt die Entnationalisierung der Südtiroler und die Ansiedlung von Südtalienern im Bozner Becken. Der Unterricht in deutscher Sprache wird verboten, das deutschsprachige Lehrpersonal in italienische Provinzen versetzt. Unterricht kann nur noch in Verstecken, sogenannten Katakombenschulen, erteilt werden. Nur der katholischen Kirche gelingt es, wenigstens den Religionsunterricht in deutscher Sprache zu bewahren. Es wird der ausschließliche Gebrauch von überwiegend künstlich geschaffenen, d.h. von Tolomei gefälschten italienischen Ortsnamen dekretiert. Deutsche Familiennamen

sind in italianisierter Form zu gebrauchen, sogar die Grabsteinaufschriften werden in italienischer Sprache vorgeschrieben. Der Gebrauch des Namens Tirol wird verboten. Alle wirtschaftlich-sozialen Verbände, alle Vereine Südtirols werden aufgelöst.

1939: Da diese Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben, verhandeln italienische und deutsche Stellen über ein Abkommen zur Umsiedlung der Südtiroler. Hitler hatte es schon 1926 in einer Schrift als Ziel der von ihm erstrebten außenpolitischen Übereinkunft mit dem ideologisch verwandten faschistischen Italien bezeichnet, den Alpenhauptkamm als dessen natürliche Grenze anzuerkennen und das deutsche Volkstum Südtirols dem Reich zuzuführen. Die Südtiroler können daher für die deutsche Staatsbürgerschaft optieren, sich somit zur Auswanderung verpflichten, oder die italienische Staatsbürgerschaft beibehalten, womit jeglicher Nationalitätenschutz für sie entfiel. 211 799 haben sich für die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden, 34 734 für die Beibehaltung der italienischen. Bis zum Kriegsende werden etwa 70 000 Südtiroler umgesiedelt.

1946: Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wird - entgegen der beidseits des Brenners verlangten Selbstbestimmung mit Übergabe von 155000 Unterschriften an den österreichischen Kanzler Leopold Figl in Innsbruck manifestierten Selbstbestimmungswillen der Tiroler - auf der Friedenskonferenz in Paris am 5. September 1946 zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten Alcide DeGasperi und dem österreichischen Außenminister Karl Gruber ein Abkommen geschlossen, das dem Land südlich des Brenners besondere Maßnahmen zur Erhaltung des Volkscharakters und der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung zu-

sichert. Das Gruber-DeGasperi-Abkommen wird als Bestandteil in den Friedensvertrag der Alliierten mit Italien aufgenommen.

1948: Die italienische Nationalversammlung billigt das erste Autonomie-Statut. Es wird dann jedoch auf die Region Trentino-Alto Adige bezogen, in der die beiden Provinzen Bozen-Südtirol und Trient zusammengeschlossen sind. Das führt dazu, daß die deutschsprachige Bevölkerung, für die die Autonomie nach dem Pariser Abkommen gelten soll, durch die italienische majorisiert wird.

1957: Der Präsident des Südtiroler Landtags, Silvius Magnago, übernimmt die Führung der Südtiroler Volkspartei (SVP), drei Jahre später auch das Amt des Landeshauptmanns (Ministerpräsidenten). Auf Schloß Sigmundskron bei Bozen protestieren 35 000 Südtiroler unter Magnagos Leitwort „Los von Trient“ gegen die Nichterfüllung des Pariser Abkommens durch Italien.

1959/60: Der österreichische Außenminister Bruno Kreisky trägt die Südtirol-Frage vor die Vereinten Nationen (UN).

1960: Die UN verabschieden einstimmig eine Südtirol-EntschlieÙung. Darin werden Österreich und Italien aufgefordert, den Südtirol-Streit mit friedlichen Mitteln beizulegen. Es beginnen - letztlich ergebnislose - Verhandlungen zwischen den Außenministerien in Wien und Rom.

1961: Unter dem Eindruck von Anschlägen des „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS) - der wirkungsvollste und für die Freiheitskämpfer des BAS folgenreichste ereignete sich in der „Herz-Jesu-Nacht“ des 10. Juni - setzt der italienische Ministerrat eine Kommission ein, die die Südtirol-Frage unter allen Gesichtspunkten studieren und Vorschläge zu ihrer Lösung unterbreiten soll. Sie schließt ihre Arbeit 1964 ab. Ihre Empfehlungen sind Grundlage für die Besprechungen österreichischer und italienischer Fachleute auf fünf Konferenzen in Genf, Klagenfurt und Kopenhagen.

1969: Auf der Landesversammlung der SVP in Meran wird das ausgehandelte Autonomie-Paket mit knapper Mehrheit gebilligt. Es enthält 137 Maßnahmen zum Schutze der deutschsprachigen Bevölkerung. In einem Operationskalender wird festgelegt, wie die Autonomie Schritt für Schritt zu verwirklichen sei. Das italienische Parlament und der österreichische Nationalrat stimmen Paket und Operationskalender zu.

1972 tritt das neue Autonomie-Statut in Kraft. Bis 1974 sollten alle Durchführungsbestimmungen erlassen werden. Dauern wird es schließlich zwei Jahrzehnte, und selbst dann sind umstrittene Punkte noch offen.

1990: Mit der österreichischen Regierung werden südtirolerseite die Bedingungen für die Streitbeilegungserklärung festgelegt. Über den Paketabschluß soll die SVP letztgültig befinden. Dies ist, weil der greise Magnago seinen Abschied nimmt, aber wegen der ständigen Regierungswirren in Rom die Dinge nicht vorankommen, für April 1991 vorgesehen. Selbst in der SVP flammt die Diskussion über die Selbstbestimmung auf, hervorgerufen durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Der Landtagsabgeordnete Franz Pahl unterbreitet - nach dem Vorbild des Zehn-Punkte-Programms Bundeskanzler Kohls zur Herstellung konföderativer Strukturen zwischen den beiden deutschen Staaten vom Dezember 1989 - einen Fünf-Punkte-Plan zur Wiedervereinigung des 1919 geteilten Tirol.

Auch die Junge Generation, die SVP-Parteijugendorganisation, fordert die Parteiführung auf, dem Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler zum Ziel zu verhelfen.

1991: Nach den Selbstbestimmungsforderungen im Sommer stellt Magnagos Kurznachfolger Roland Riz der Regierung Andreotti ein Ultimatum, bis zum SVP-Parteitag am 23. November die noch ausstehenden Paketbestimmungen einvernehmlich zu erlassen. Trotz oppositioneller und vereinzelter SVP-interner Warnungen vor dem italienischen Beharren auf der „Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis Roms billigt die SVP mit knapper Mehrheit den längst verwässerten Paketabschluss.

1992: Am 30. Januar gibt Ministerpräsident Giulio Andreotti vor dem danach aufgelösten Parlament seine Südtirol-Erklärung ab und erklärt den Streit für beendet. Die SVP-Führung gibt sich damit nicht zufrieden; sie verlangt die internationale Verankerung des Autonomie-Pakets. Dem kommt Andreotti am Tag seines Rücktritts (22. April) in einer diplomatischen Note an Wien nach, in der das Autonomie-Abkommen als auf der Gruber-DeGasperi-Vereinbarung von 1946 und den UN-Resolutionen basierend förmlich für beendet erklärt wird.

Zur Selbstbestimmungsfrage

1991: Magnago stellt aus Anlass seines Abgangs als SVP-Obmann auf der Landesversammlung der SVP am 27. April fest, mit der von Österreich abzugebenden Streitbelegungserklärung werde weder ein Verzicht auf künftige berechnete Forderungen ausgesprochen noch die endgültige Angliederung an den italienischen Staat verkündet. Die Südtiroler hätten bei ihren Bemühungen um Autonomie auf nichts verzichtet, weder auf eine Wiederherstellung der Landeseinheit Tirols noch auf andere Lösungen, die über die Autonomie hinausgingen: „Das Recht auf Selbstbestimmung bleibt unverzichtbar, wie es im Grundsatzprogramm der SVP festgehalten ist“. Gleichlautend äußerten sich der anwesende Außenminister Alois Mock (ÖVP) sowie der frühere Außenminister Peter Jankowitsch (SPÖ).

FPÖ-Generalsekretär und Südtirol-Sprecher Walter Meischberger stellte am 21. Mai fest, gerade jetzt, da überall in Europa das Selbstbestimmungsrecht Platz greife, sei es „unverantwortlich und ungerecht“ den Südtirolern dieses Recht zu verweigern. Die österreichische Bundesregierung rief Meischberger auf, „endlich ihrer Verpflichtung als Schutzmacht nachzukommen und die Südtiroler in ihrem Streben nach Selbstbestimmung mit allen diplomatischen Mitteln zu unterstützen.“

Der neue SVP-Obmann Roland Riz erteilte indes auf der 39. Landesversammlung seiner Partei am 23. November der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts des deutschsprachigen Bevölkerungsteiles mittels einer Volksabstimmung eine klare Absage. Der Abbruch der Autonomieverhandlungen und die Durchführung einer Volksbefragung würden Südtirol schaden, warnte Riz, dessen Kurs von den Delegierten mit 549 gegen 380 Stimmen unterstützt wurde.

1997: Zum 40. Jahrestag der Kundgebung auf Schloß Sigmundskron verabschiedete die SVP ein „politisches Manifest“. Darin hieß es: „Ohne je auf das Selbstbestimmungsrecht zu verzichten, hat sich Südtirol eine Autonomie erkämpft, die dem Land und der Bevölkerung soziale Sicherheit, soliden Wohlstand und vor allem kulturelle und ethnische Standfestigkeit gebracht hat“.

1999: Eva Klotz und Andreas Pöder, damals noch vereint in der Partei Union für Südtirol (UfS), warnten im September „vor dem Ausverkauf von Südtiroler Interessen durch Refor-

men, wie sie die SVP zusammen mit ihren italienischen Partnern vor“ habe. Die von der SVP eingeleitete Entwicklung, welche auch das Autonomie-Paket verändere stelle eine „Abkehr von der eigenständigen Politik hin zur endgültigen Integration in den italienischen Nationalstaat dar“. Wenngleich das Autonomiestatut „nur unzulängliche Übergangslösung und Ersatz für die verweigerete Selbstbestimmung“ sei, dürfe es daran „keinerlei grundlegende Änderung ohne vorherige Beratung mit der Schutzmacht Österreich und ohne Zustimmung Österreichs geben“.

2006: Im Januar wird dem damaligen Nationalratspräsidenten Andreas Khol auf dem „Tiroler-Ball“ im Wiener Rathaus aus Anlass der parlamentarischen Bemühungen um eine österreichische Verfassungsreform eine vom Südtiroler Schützenbund (SSB) initiierte und von 113 der 116 Südtiroler Bürgermeister sowie vom Großteil deren Tiroler Amtskollegen unterzeichneten Petition übergeben, in welcher ein Passus zur Schutzmacht-Funktion Österreichs für Südtirol in einer neuen österreichischen Verfassung verlangt wird. In der Petition, die in Italien viel Staub aufwirbelt - und in Österreich letztlich versendet - heißt es: „Die unterzeichneten Schützenkompanien und Bürgermeister aus allen Teilen des historischen Tirol ersuchen den Nationalrat, bei den derzeit laufenden Beratungen über eine neue österreichische Bundesverfassung auf der Grundlage der Beratungen des Österreich-Konvents in der Präambel einer solchen Verfassung folgende Worte aufzunehmen: ‚1. Die Republik Österreich anerkennt die historisch gewachsenen Volksgruppen in Österreich und setzt sich für Schutz und Förderung der mit Österreich geschichtlich verbundenen deutschsprachigen Minderheiten, insbesondere auch der Südtiroler, ein. 2. Die Republik Österreich bekennt sich zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechts des vom Land Tirol abgetrennten Tiroler Volkes deutscher und ladinischer Sprache und zum besonderen Schutz der Rechte der Südtiroler auf der Grundlage des Völkerrechts.‘“

2007: Wegen der durch die angestrebte Fraktionsgemeinschaft nationalkonservativ-patriotischer Parteien im EU-Parlament durch den FPÖ-Mandatar Andreas Mölzer, an der auch die italienische Neofaschistin und Duce-Enkelin Alessandra Mussolini beteiligt sein sollte, verursachte Irritation auch der Südtiroler Freiheitlichen, sah sich FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache zu einer Stellungnahme mit Verweis auf das Programm seiner Partei veranlasst, in dem es heiße: „Österreich bleibt Schutzmacht der deutschen und ladinischen Südtiroler. Dem Land Südtirol ist die Möglichkeit des Beitrittes zur Republik Österreich in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Südtiroler offen zu halten.“ Bis zu dessen Verwirklichung sei es „die historische Aufgabe Österreichs, den Bestand der deutschen und ladinischen Volksgruppen in Südtirol so wie den international abgesicherten rechtlichen Status mit allen verfügbaren friedlichen Mitteln zu sichern“. Die Willensbildung zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts könne „einzig und allein von der deutschen und ladinischen Bevölkerung in Südtirol ausgehen“.

2012: Heftige Reaktionen riefen Aussagen des italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti gegenüber der Zeitung „Kurier“ vom Oktober hervor, wonach es bei Fragen der Südtirol-Autonomie um „inneritalienische Probleme“ gehe. Gerade an dieser Aussage zeige sich, wie wichtig es sei, „bei der Selbstbestimmungsforderung und -diskussion das Modell Rückkehr zu Österreich nicht aus den Augen zu verlieren“, sagte die Landtagsabgeordnete Eva Klotz von der Partei Süd-Tiroler Freiheit. SSB-Landeskommandant Elmar Thaler rief angesichts der „äußerst gefährlichen“ Aussagen Montis dazu auf, „nicht nur auf die Schutzmachtfunktion Österreichs zu bestehen, sondern sogar über eine Erweiterung der Schutzmachtfunktion und des Einflusses Österreichs auf den abgetrennten Tiroler Landes- teil nachzudenken“.

Des Außenministers Sebastian Kurz Aussagen

2014: Wenn des Außenministers Kurz Position, die er in einem am 3. Mai in den „Dolomiten“ erschienenen Interview und tags darauf vor den Delegierten des SVP-Parteitag in Meran darlegte, auch die Haltung der Bundesregierung und der sie mittragenden ÖVP, also seiner Partei, ist, so hätten sich diese von dem, was für Österreichs Regierungen und politische Parteien bis dato mehr oder weniger als opinio communis galt, verabschiedet: nämlich dass „das Recht Südtirols auf Selbstbestimmung unverzichtbar“ sei. Kurz, der nach eigenem Bekunden von Unabhängigkeitsbestrebungen und Freistaatsforderungen sowie Wiedervereinigungsverlangen nichts hält, nannte diejenigen „Ewiggestrige“, die „wieder vom Aufziehen neuer Grenzen träumen“. Und ein Antwortschreiben auf einen daraufhin von SHB-Obmann Roland Lang, SHB-Ehrenobmann Sepp Mitterhofer und Prof. Dr. Erhard Hartung, Sprecher der „Kameradschaft ehemaliger Südtiroler Freiheitskämpfer“, gemeinsam verfassten und an ihn gerichteten Protestbrief, legt Kurz' offenbar eigenwillige Vorstellungen offen, die er - damit Regierung und Partei, denen er angehört - bezüglich Selbstbestimmung(srecht) der Südtiroler hegt. In den beiden zentralen Stellen des Briefes (BMeiA-XX.2.1 3.33/0027-11.2/2014) vom 17. Juni 2014 heißt es: „Selbstbestimmung kann auf verschiedene Weise verwirklicht werden, die Südtirol-Autonomie mit ihrem hohen Maß an Selbstgesetzgebung und Selbstverwaltung ist eine besonders gelungene Form der Selbstbestimmung“. Und: „Die Südtirol-Autonomie ist damit ein konkreter Ausdruck des Gedankens der Selbstbestimmung.“

Mit der daraus abzuleitenden Haltung, nämlich dass die Selbstbestimmung der Südtiroler faktisch verwirklicht sei - ohne dass es je zur Gewährung bzw. Ausübung des Selbstbestimmungsrechts gekommen wäre - stellen sich Sebastian Kurz und die Regierung Faymann/Mitterlehner, in deren Namen er ja spricht, gegen alle einschlägigen Beschlüsse bzw. Resolutionen des Österreichischen Nationalrats ebenso wie gegen solche der Landtage beider Tirol. Er und die Regierung missachteten damit zugleich einschlägige Expertisen und Gutachten führender Verfassungs- und Völkerrechtler von Felix Ermacora über Peter Pernthaler bis zu Walther Obwexer, ganz zu schweigen von dem kanadischen Völkerrechtler Daniel Turp, Universität Montreal, der unter Hinweis auf das Kosovo-Urteil des IGH, wonach „die einseitige Unabhängigkeitserklärung nicht als Verstoß gegen das Völkerrecht anzusehen ist“, feststellte: „Obwohl Artikel 5 der italienischen Verfassung besagt, dass die Republik ‚eins und unteilbar‘ ist und damit signalisiert, dass das Südtiroler Volk die territoriale Integrität Italiens nicht in Frage stellen darf, ist das Südtiroler Volk ‚Inhaber des Rechts auf Selbstbestimmung‘ und darf, in Anwendung dieses Rechts, sogar ein souveräner und unabhängiger Staat werden“ .

Was die Tiroler diesseits und jenseits des Brenners wollen, haben demoskopische Ergebnisse längst offengelegt. Laut einer Umfrage der „Tiroler Tageszeitung“ aus Anlass des Andreas Hofer-Gedenkjahres 2009 wünschte jeder zweite Befragte im Bundesland Tirol die Wiedervereinigung von Nord-, Ost- und

Südtirol. Besonders auffällig war, dass der Zuspruch für die Wiedervereinigung in der Altersgruppe der 15- bis 20jährigen mit 71% am höchsten war.

In Südtirol ließ der SHB 2011 vom Bozner Institut „apollis“ unter Angehörigen der deutschen und ladinischen Sprachgruppe die Einstellung zur Selbstbestimmung erheben. Dabei sprachen sich 56 % für die Unabhängigkeit und 44 % für Verbleib bei Italien aus. Ähnlich das Ergebnis einer Umfrage des Instituts Karmasin von 2013: für die Loslösung von Italien waren 54 % der Befragten, für Verbleib bei Italien 26 %; 20 % machten dazu keine Angabe. [Schon 2008 hatte „apollis“ im Auftrag der (überparteilichen) „Arbeitsgruppe Selbstbestimmung“ (AGS) die Einstellung der Italiener Südtirols ergründet. Insgesamt hielten 41 % der Befragten eine Volksabstimmung zur Selbstbestimmung in der Provinz Bozen für gerechtfertigt, während 59 % dem ablehnend gegenüberstanden.]

Auch die Haltung der Italiener zu diesem Fragenkreis ließ der SHB im März 2014 durch das Institut „Demetra“ in Mestre (bei Venedig) ergründen. Dabei antworteten 74,2 % der 1012 italienweit (aber mit Ausnahme der Bozner Nachbarprovinz Trient) repräsentativ Befragten auf die Frage „Ist es Ihrer Meinung nach richtig, dass die Bevölkerung eines Gebietes das Recht auf Selbstbestimmung ausübt, um so zu entscheiden, zu welchem Staat sie gehören will?“ mit „Ja“, 23,7 % mit „Nein“; die restlichen 2,1 % hatten dazu keine Meinung (oder taten sie nicht kund). 63,4 % der Befragten wussten demnach, „dass die Provinz Bozen nach dem Ersten Weltkrieg gegen den Willen der Bevölkerung von ihrem Vaterland Österreich abgetrennt und von Italien annektiert wurde“; 36,5 % wussten davon nichts, und nur ein Befragter (0,1 Prozent) gab darauf keine Antwort. Höchst bemerkenswert ist indes das Ergebnis hinsichtlich der Frage „Sind Sie damit einverstanden, dass die Bevölkerung der Provinz Bozen mit einem Referendum auf friedliche und demokratische Weise über ihre Selbstbestimmung entscheiden kann? 71,8 % Prozent der Befragten bejahten sie nämlich, während sie nur deren 27,1 % verneinten und 1,1 % keine Antwort darauf gaben.

2015: Dies alles sollte doch politische Verantwortungsträger an Donau, Inn sowie Eisack und Etsch zum Nachdenken und Handeln anregen. Umso mehr, als auch und gerade das nunmehr vorzustellende Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des vom SHB damit betrauten Linzer Instituts „Spectra“ klar zutage gefördert hat, dass die österreichische Bevölkerung hinsichtlich der Selbstbestimmung ihrer Südtiroler Landsleute nicht allein jene Lügen straft, die das Thema unter politischen Chiffren wie „nicht mehr spürbare Grenzen seit der EU-Mitgliedschaft Österreichs“, „dadurch überwundene Schandgrenze“ oder vergleichsweise inhaltsleeren Begriffen wie „EUregio Tirol“ oder „Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino im Europäischer Verbund für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)“ für „abgehakt“ weil „überholt“ bzw. „überwunden“ halten. Und weil diese Umfrageergebnisse darüber hinaus Position und Haltung des österreichischen Außenministers, somit der Bundesregierung als ganze, konterkarieren. Anders ausgedrückt: weil ausweislich dieser Umfrage offenkundig ist, dass Kurz und demzufolge das Kabinett Faymann-Mitterlehner in der Selbstbestimmungsfrage hinsichtlich Südtirols weit - um nicht zu sagen „geradezu diametral“ - von den Ansichten der über großen Mehrheit der Österreicher beiderlei Geschlechts entfernt sind.

Antrag

XXIV. GP.-NR

2335 IA

12 Juni 2013

des Abgeordneten Neubauer
und weiterer Abgeordneter

**betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985
geändert wird**

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1985

Das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 (StbG), BGBl. 311/1985, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 38/2011, wird wie folgt geändert:

1 § 58c Abs.1 lautet:

§ 58c. (1) Ein Fremder erwirbt unter den Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 Z 2 bis 6 und 8 und Abs. 2 Z 1 und 3 bis 7 die Staatsbürgerschaft, wenn er der Behörde (§ 39) unter Bezugnahme auf dieses Bundesgesetz schriftlich anzeigt,

1. sich als Staatsbürger vor dem 9. Mai 1945 in das Ausland begeben zu haben, weil er Verfolgungen durch Organe der NSDAP oder der Behörden des Dritten Reiches mit Grund zu befürchten hatte oder erlitten hat oder weil er wegen seines Eintretens für die demokratische Republik Österreich Verfolgungen ausgesetzt war oder solche zu befürchten hatte;

2. dass er oder einer seiner Vorfahren in direkter Linie im Sinne des §§ 7, 7a vor Inkrafttreten des Staatsvertrags von Saint Germain StGBI. Nr. 303/1920 österreichischer Staatsbürger (bzw. Staatsbürger der österreichisch-ungarischen Monarchie) mit Heimatrecht im Gebiet der heutigen autonomen Provinz Bozen-Südtirol war.

ABGELEHNT
im Juli 2013
durch ÖVP, SPÖ und GRÜNE

Ergebnisse und Anmerkungen

Frage 1: Nun zu einigen Fragen zu einem aktuellen politischen Thema. Es geht dabei um Süd-Tirol. Zunächst: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in Artikel 1 der UN- Menschenrechtspakte festgelegt und von den meisten Staaten, darunter auch Österreich, anerkannt. Wussten Sie das oder war Ihnen das nicht bekannt?

51 % der 1000 repräsentativ Befragten war dies bekannt. Die Kenntnis ist in den Altersgruppen 30-49 (mit 53 %) und der über 50jährigen (58 %) überdurchschnittlich. Diese Teilergebnisse korrelieren mit dem Grad der Schul- bzw. Hochschulbildung: Absolventen weiterbildender mittlerer Schulen war dies zu 63 %, solchen mit Hochschulreife (Abitur/Matura) und Hochschulbesuch zu 72 % bekannt. Schließlich zeigen sich in den positiven Antworten auch regionale Unterschiede. Während in Vorarlberg, Tirol und Salzburg 61 % mit „Ja“ antworteten, waren es in Wien 52 %, im Burgenland, Nieder- sowie Oberösterreich 49 und in Kärnten wie in der Steiermark 47 %.

Anmerkung: Die Hälfte der Österreicher weiß, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Artikel 1 der UN-Menschenrechtspakte verankert ist. Das Wissen darum wächst mit Alter und Bildung(sgrad) sowie von Ost nach West.

Frage 2: Wussten Sie, dass Süd-Tirol nach dem Ersten Weltkrieg von Österreich abgetrennt und gegen den Willen der angestammten Süd-Tiroler Bevölkerung von Italien annektiert wurde, oder war Ihnen das nicht bekannt?

82 % aller Befragten war dies bekannt. Die Kenntnis ist in der Altersgruppe 30-49 (mit 82 %) durchschnittlich, bei den über 50jährigen (91 %) überdurchschnittlich hoch; jedoch auch in der Gruppe der 15 bis 29jährigen mit 61 % durchaus beachtlich. Hinsichtlich Schulbildung liegen lediglich die Pflichtschulabsolventen mit durchaus respektablen 61 % unter den Absolventen einer abgeschlossenen Berufsausbildung (89%), einer weiterbildenden mittleren Schule (91 %) sowie Maturanten und Hochschulabsolventen (92 %). Regional sind die Unterschiede nicht so markant wie in Frage 1, wenngleich auch hier die in Vorarlberg, Tirol und in Salzburg Befragten mit 92 % gegenüber Oberösterreichern (84 %), Niederösterreichern und Burgenländern (81 %), Wienern (80 %) und Kärntnern sowie Steirern (74%) den je höchsten Kenntnisgrad aufweisen.

Anmerkungen: Der hohe Prozentsatz ist augenfällig. Dass Südtirol nach dem Ersten Weltkrieg von Italien annektiert und diesem gegen den Willen seiner Bevölkerung 1919 in St-Germain-en-Laye zugesprochen wurde, ist 4 von 5 Österreichern bekannt. Im Westen Österreichs ist man sich dieses Umstands wiederum besonders bewusst. Gleichwohl ist festzuhalten, dass sich auch die jüngere Generation im Kenntnisgrad nicht wirklich signifikant von der älteren Generation unterscheidet, wenngleich es sich um Geschehnisse handelt, die sich vor bald einem Jahrhundert, somit in deren Ur-Ur-Großeltern-Generation, zutrugen.

Frage 3: In Süd-Tirol gibt es die Diskussion, die Bindung zu Österreich zu stärken, indem die Süd-Tiroler wieder österreichische Staatsbürger werden. Wären Sie damit einverstanden, dass dies den Süd-Tirolern im Rahmen einer doppelten Staatsbürgerschaft gewährt würde, oder wären Sie damit nicht einverstanden?

Damit waren 83 % der Befragten einverstanden. Damit deckungsgleich ist der Prozentsatz der über 50jährigen, während die Pflichtschul- (82 %) geringfügig und Maturanten sowie Hochschulabsolventen (80 %) leicht darunter, die Absolventen einer Lehre bzw. einer weiterbildenden mittleren Schule mit je 86 % darüber liegen. Regional weicht das Einverständnis in Vorarlberg, Tirol und Salzburg doch markant davon ab, wenngleich in diesen drei westlichen Bundesländern doch auch knapp drei Viertel der Befragten (74 %) zustimmen.

In Nieder- und Oberösterreich sowie im Burgenland ist der Zustimmungsgrad mit je 89 % am höchsten, in Wien (84 %) liegt er knapp über, in Kärnten sowie in der Grünen Mark (81 %) knapp unter dem Gesamtergebnis.

Anmerkungen: Mehr als vier Fünftel der Österreicher wären mit der Vergabe der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler einverstanden. Das hohe Maß an Zustimmung in allen Altersgruppen - indes besonders der Jungen - legt offen, dass diese spezielle Staatsbürgerschaftsthematik von Emotionalität geprägt ist. Das Ergebnis sollte politischen Verantwortungsträgern umso deutlicher vor Augen stehen und sie zum Handeln bewegen, als es sich bei der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler ja nicht um eine ökonomisch motivierte Angelegenheit handelt, sondern vorrangig um das Begehren einer ideellen Sache, die zugleich nahezu kollektiver Ausdruck des Bewusstseins nationaler Zusammengehörigkeit ist. Namentlich die österreichische Bundespolitik, die in der seit 2006 virulent gewordenen Thematik besonders im Juli 2013 die stärkste Bremswirkung erzeugt hat, als SPÖ, ÖVP und Grüne, die in der Ausschussarbeit zuvor Zustimmung signalisierten, den entsprechenden Antrag der FPÖ abschmetterten, hinkt dabei dem Empfinden und der Haltung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung nach. Anders ausgedrückt: sie missachtet eklatant deren Willen.

Der auffällig geringere Einverständnisgrad im Westen Österreichs mag mit der direkten Südtirol(er)-Nähe der Tiroler bzw. der relativen von Vorarlbergern und Salzburgern und in gewissem Maße unterschwellig anzutreffendem Empfinden zusammenhängen, wonach es den Südtirolern ohnehin gut (oder sogar „besser als uns“) geht, sie - aus historischer Perspektive - erhebliche Vorteile genossen/genießen, sobald sie in Österreich studier(t)en oder medizinische Dienste in Anspruch nahmen/nehmen, und daher „nicht auch noch den Vorteil zweier Staatsbürgerschaften“ haben sollten.

Frage 4: In Süd-Tirol wird immer wieder der Wunsch nach Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes geäußert. Würden Sie es begrüßen, wenn die Bevölkerung Südtirols in einem Referendum auf friedliche und demokratische Weise über die staatliche Zugehörigkeit des Landes entscheidet, oder würden Sie das nicht begrüßen?

Hinsichtlich der zentralen Frage, nämlich der Gewährung und Ausübung des den Südtirolern 1918/19 und 1945/46 verweigerten Selbstbestimmungsrechts mittels Volksabstimmung, ist der Grad der Zustimmung von knapp neun Zehnteln (89 %) aller Befragten signifikant hoch. Markant ist der Zustimmungsgrad von 93 % in der Altersgruppe zwischen 15 und 29 Jahren, während Pflichtschulabsolventen mit dem allgemeinen Zustimmungsgrad übereinstimmen. In Lehre bzw. Schulausbildung befindliche Befragte liegen mit 92 bzw. 93 % darüber, Maturanten und Hochschulbesucher mit 84 % darunter. Befragte in Wien (92 %) und Oberösterreich (93 %) würden dies mehr als der österreichische Durchschnitt, Vorarlberger, Tiroler und Salzburger (84 %) etwas weniger begrüßen, während Kärntner und Steirer sich damit in Übereinstimmung sowie Burgenländer und Niederösterreicher (84 %) leicht darüber befinden.

Anmerkungen: Fast 90 % aller Österreicher würden es befürworten, wenn die Südtiroler über ihre staatliche Zugehörigkeit abstimmen dürften. Der enorm hohe Zustimmungsgrad in allen Alters- und Bildungsgruppen legt offen, dass Gewährung und Ausübung des Selbstbestimmungsrechts wirkliche politische Anliegen der Österreicher sind. Der Befund zeigt in aller Klarheit, dass das historische, somit „alte“ Anliegen nichts an Bedeutung eingebüßt hat, sondern zugleich ein aktuelles, ein „junges“ Anliegen ist. Die Politik hingegen bleibt auch in diesem Punkt weit hinter den Wünschen von neun Zehnteln aller Österreicher zurück.

Frage 5: Falls sich bei einem Selbstbestimmungsreferendum die Mehrheit der Süd-Tiroler für die Wiedervereinigung mit Österreich aussprechen würde, würden Sie dies begrüßen oder nicht begrüßen?

Ebenso deutlich ist die Zustimmung von knapp neun Zehnteln aller Österreicher zur Wiedervereinigung des südlichen Teils Tirols mit Österreich für den Fall, dass sich die Südtiroler in einer Volksabstimmung für diesen Weg aussprechen. Der Befürwortungsgrad liegt in der Altersgruppe 15-29 Jahre (92 %) ersichtlich, in der Altersgruppe 50 plus leicht darüber, nur in der mittleren Altersgruppe (30-49 Jahre) etwas darunter (86 %). Gemessen am Bildungs- bzw. Ausbildungsgrad ist lediglich bei den Maturanten und Hochschulabsolventen mit 84 % ein etwas auffälliger und bei den Pflichtschulbesuchern ein graduell leicht davon nach unten abweichender Zustimmungsgrad festzustellen. Darüber liegen Absolventen einer Lehre mit 93 und Besucher weiterbildender mittlerer Schulen mit 92 %. Hinsichtlich länderspezifischer Zustimmungsgrade zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den Antworten auf Frage 4: in Wien (92 %) und Oberösterreich (91 %) würde die Zustimmung zur Wiedervereinigung nach Volksabstimmung in Südtirol über, in Kärnten und der Steiermark (89 %) damit gleichauf, in Niederösterreich sowie im Burgenland einen Hauch darunter liegen, während sie in Vorarlberg, Tirol und Salzburg etwas deutlicher davon nach unten abweicht.

Anmerkungen: Gleichwohl sind es mehr als vier Fünftel der Westösterreicher, die die Rückkehr Südtirols nach Österreich gutheißen würden. Und insgesamt würden knapp neun Zehntel aller Österreicher die Wiedervereinigung begrüßen. Damit wird offenkundig, dass sich die politische Wahrnehmung der Österreicher aller Alters- und Bildungsgruppen hinsichtlich Südtirols als verlässlicher Faktor für die Südtiroler erweist. Es erweist sich damit, dass sich das Gefühl der Zusammengehörigkeit eher aus nationaler Bindekraft denn aus einem diffusen - von maßgeblicher politischer Seite aber als allein zukunftssträchtig vorgegebenen - Europäer-Bewusstsein speist. Es erweist sich zudem, dass die politischen Stereotypen von den „gefallenen“ oder „nicht mehr wahrnehmbaren“ Grenzen in der österreichischen Bevölkerung ebenso wenig nennenswert Wiederhall finden wie der ähnlich lautende politische Stehsatz, wonach „Europäisierung“ und „Regionalisierung“ die „Grenzen überwinden“ würden, deren Verschiebung/Veränderung nicht (mehr) nötig oder gewollt sei. Zu guter Letzt darf bei so hohen Zustimmungsgraden in der österreichischen Bevölkerung, wie sie die vorliegenden demoskopischen Erhebungen ausweisen, als einigermaßen plausibel gelten, dass die mit der Selbstbestimmung der Südtiroler verknüpften Anliegen weitgehend parteiübergreifend empfunden werden.

Fazit und Folgerungen

Die österreichische Bevölkerung aller Alters- und Bildungsgruppen steht hinter dem Anliegen „Selbstbestimmung für Südtirol(er)“. Es handelt sich dabei um ein tief innerlich gefühltes Anliegen. Das ist umso bemerkenswerter, als Südtirol ja ökonomisch vergleichsweise gut dasteht in Italien und seine Bevölkerung eine gute soziale Absicherung genießt. Es gibt, abgesehen von gewissen kleinen Benachteiligungen hinsichtlich der Zweisprachigkeitspflicht bei den staatlichen Organen und Ämtern, keine italienische Unterdrückung (mehr). Diese kleinen Alltäglichkeiten des „Siamo in Italia“ sind zwar statutenwidrig und ärgerlich, sie bedrohen aber nicht (mehr) die Existenz der Südtiroler deutscher und ladinischer Zunge. Auch die in ökonomischen Krisen, wie wir sie öfter erlebten und wie sie seit 2008 besonders zutage tritt, spürbare (Verwaltungs-)Ineffizienz des italienischen Staates wird in Österreich ja nicht direkt erfahren, sondern höchstens als Information den Medien entnommen. Die Österreicher wissen also, dass das Selbstbestimmungsrecht und die Rückkehr zu Österreich nicht zur ökonomischen Besserstellung oder zum Schutz der Menschenrechte notwendig sind. Sie wollen die Selbstbestimmung für Südtirol sowohl aus der gemeinsamen Geschichte heraus, als auch aus Zusammengehörigkeitsgefühl sowie dem Bewusstsein, trotz der Teilung des alten Tirol doch derselben nationalen Gemeinschaft, dem österreichischen Volk, anzugehören. Die Südtirol-Thematik ist ausweislich der Umfrageergebnisse rechtlich und emotional so stark präsent, dass sich daraus der politische Wille der Österreicher ableiten lässt. Diesen zu verwirklichen, wäre Aufgabe der Politik.

Prof. Dr. Dr. h. c. Reinhard Olt

Bericht Peter Bruckmüller



DI Peter Bruckmüller,
Geschäftsführer Spectra

Stichprobe

Die Studie wurde als Repräsentativstudie angelegt. Das heißt, die Erhebung richtete sich an $n=1000$ Personen, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 15 Jahren. Die Stichprobenauswahl erfolgte at random (also nach einem Zufallsalgorithmus) aus dem elektronisch verfügbaren HEROLD Telefonverzeichnis. Die Ziehung der Stichprobe erfolgte dabei geschichtet, und zwar nach Bundesländern. Das bedeutet, dass für jedes Bundesland eine eigene Stichprobe gezogen wurde.

Darüber hinaus wurde die Stichprobe quotiert, und zwar nach Geschlecht und Alter. Das heißt, während der Feldarbeit wurde darauf geachtet, dass die vorgegebenen Quoten hinsichtlich Geschlecht und Alter genau erfüllt wurden.

Die geschilderte Vorgehensweise gewährleistet die Repräsentativität der Stichprobe. Praktisch bedeutet das, dass die Ergebnisse der Studie das Meinungsbild der Grundgesamtheit (Österreichische Bevölkerung ab 15 Jahre) widerspiegeln.

Aufgrund des Stichprobenumfangs kann die Genauigkeit der Ergebnisse (Schwankungsbreite) berechnet werden. Mit der Stichprobe von $n=1000$ wird eine Genauigkeit von schlechtestens $\pm 3,16\%$ erreicht. Schlechtestens deshalb, weil die Genauigkeit steigt, je weiter der erhobene Wert nach oben oder nach unten von 50% abweicht. Bei einem Ergebnis von 10% liegt die Schwankungsbreite nur mehr bei $\pm 1,9\%$.

Der Begriff Schwankungsbreite bedeutet, dass der wahre Wert in der Grundgesamtheit innerhalb des Intervalls (gemessener Wert \pm Schwankungsbreite) liegt.

Befragungsmethode

Die Interviews wurden in Form von telefonischen Interviews durchgeführt, und zwar als CATI-Interviews (Computer Assisted Telephone Interviews). Das heißt, der Fragebogen wurde programmiert und den Interviewern am Bildschirm zur Abarbeitung und Eingabe der Antworten bereitgestellt. Die eingegebenen Antworten wurden 1:1 in die Datenbank übernommen. Die Befragung erfolgte durch 48 Spectra-Interviewer über das Spectra-eigene CATI-Studio.

Die Arbeit der Interviewer wird von einem Supervisor kontrolliert. Alle Abläufe im Telefonstudio werden von einem laufenden Qualitätssicherungsprozess begleitet.

Marketingreport

Die Meinung der Österreicher zur Selbstbestimmungsthematik Süd-Tirol

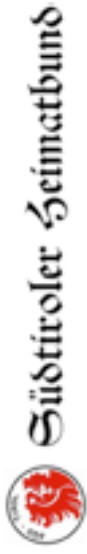
SPECTRA

MARKTFORSCHUNG

Qualität aus Erfahrung

Spectra Marktforschungsgesellschaft mbH.
Brucknerstraße 3-5/4, A-4020 Linz
Telefon: +43 (0)732 6901-0, Fax: 6901-4
E-Mail: office@spectra.at, www.spectra.at

Auftraggeber:



Aufgabenstellung:

Ziel der Befragung war es, die Meinung der Österreicher zur Selbstbestimmungsthematik Südtirol zu erheben.

Stichprobe:

Die Erhebung richtete sich an n=1000 Personen, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 15 Jahren. Die Zielpersonen wurden at random aus dem HEROLD-Telefonverzeichnis ausgewählt.

Methodik:

Die Durchführung der Befragung erfolgte telefonisch, durch 48 geschulte Spectra-Interviewer im hauseigenen CATI-Studio.

Timing:

Die Befragungen fanden 2014 in den KW 43 und 44 statt.

Dokumentation:

Die statistischen Fehlerspannen, die Struktur der Befragten, die Tabellen und der Fragebogen befinden sich im Anhang.

Legende:

 **GRÜNE** Markierungen heben signifikante **positive** Unterschiede zwischen Gruppen hervor bzw. verweisen auf **positiv** hervorzuhebende Werte.

 **ROTE** Markierungen heben signifikante **negative** Unterschiede zwischen Gruppen hervor bzw. verweisen auf **negativ** hervorzuhebende Werte.



DI Peter Bruckmüller

Projektleiter:

Soweit in diesem Report personenbezogene Ausdrücke verwendet werden, umfassen diese Frauen und Männer gleichermaßen. Ergebnisse auf Basis n < 80 stellen lediglich Indikationswerte dar.

Die österreichische Bevölkerung steht Selbstbestimmungsbestrebungen der Süd-Tiroler äußerst positiv gegenüber und würde im Falle, dass ein allfälliges Referendum FÜR eine Wiedervereinigung der Süd-Tiroler mit Österreich ausginge, dies in hohem Maße begrüßen.

- Die Hälfte der Österreicher weiß, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Artikel 1 der UN-Menschenrechtsakte festgelegt ist. Das Wissen steigt mit Alter und Bildung.
- Dass Süd-Tirol nach dem Ersten Weltkrieg von Italien gegen den Willen der Süd-Tiroler Bevölkerung annektiert wurde, ist 4 von 5 Österreichern bekannt. Insbesondere die Westösterreicher sind sich dieses Umstands bewusst.
- Mehr als vier Fünftel der Österreicher wären mit der Vergabe einer Doppelstaatsbürgerschaft an die Süd-Tiroler einverstanden.
- Fast 90% würden es befürworten, wenn die Süd-Tiroler in einem Referendum über ihre staatliche Zugehörigkeit abstimmen dürften.
- Schließlich würden es ebenfalls 89% begrüßen, wenn sich die Mehrheit der Süd-Tiroler in so einem Referendum für die Wiedervereinigung mit Österreich aussprechen würde.
- Auffällig ist, dass die Westösterreicher die Selbstbestimmungsbestrebungen der Süd-Tiroler vergleichsweise zurückhaltend beurteilen.

Charts

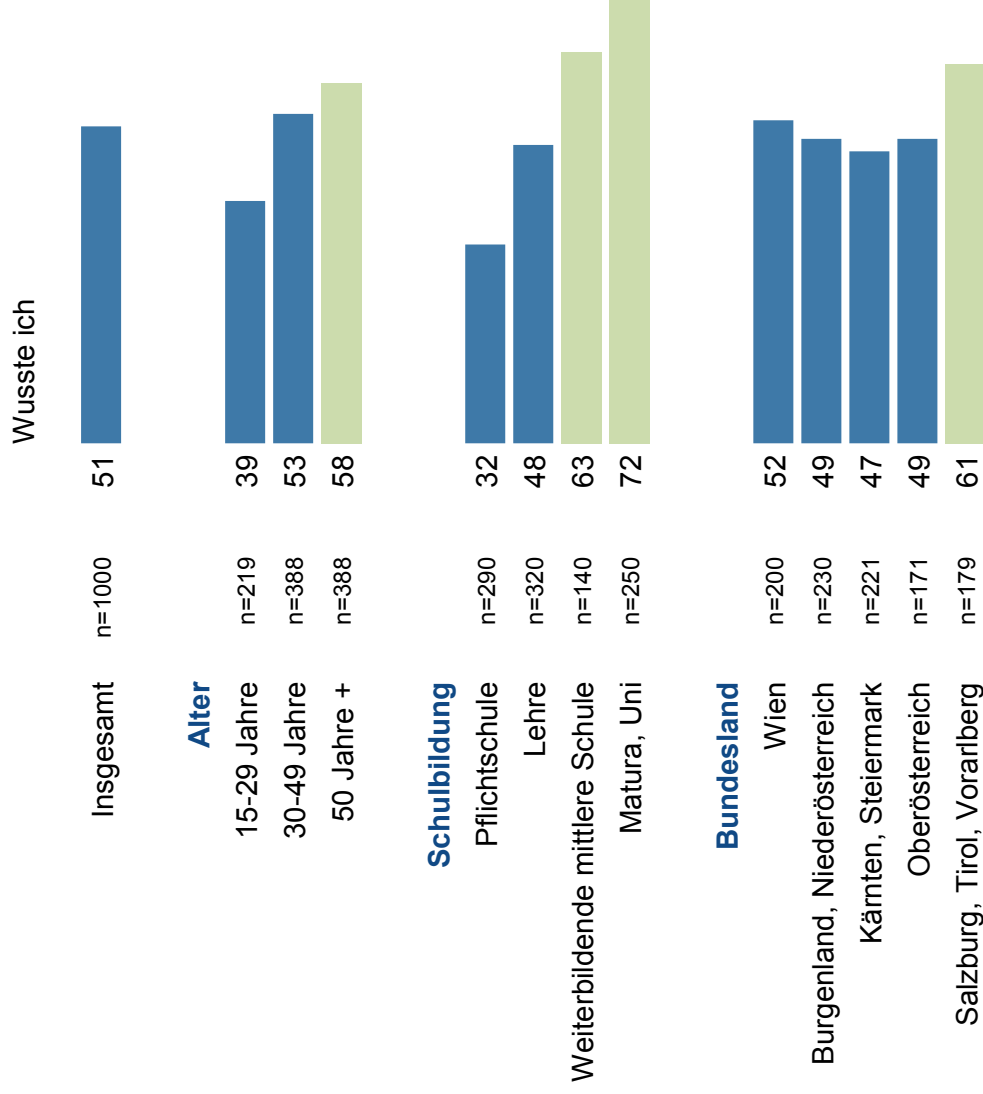
SPECTRA

MARKTFORSCHUNG

Das Wissen um den Artikel 1 der UN-Menschenrechtspakte

Frage 1: Nun zu einigen Fragen zu einem aktuellen politischen Thema. Es geht dabei um Süd-Tirol. Zunächst: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in Artikel 1 der UN-Menschenrechtspakte festgelegt und von den meisten Staaten, darunter auch Österreich, anerkannt. Wussten Sie das oder war Ihnen das nicht bekannt?

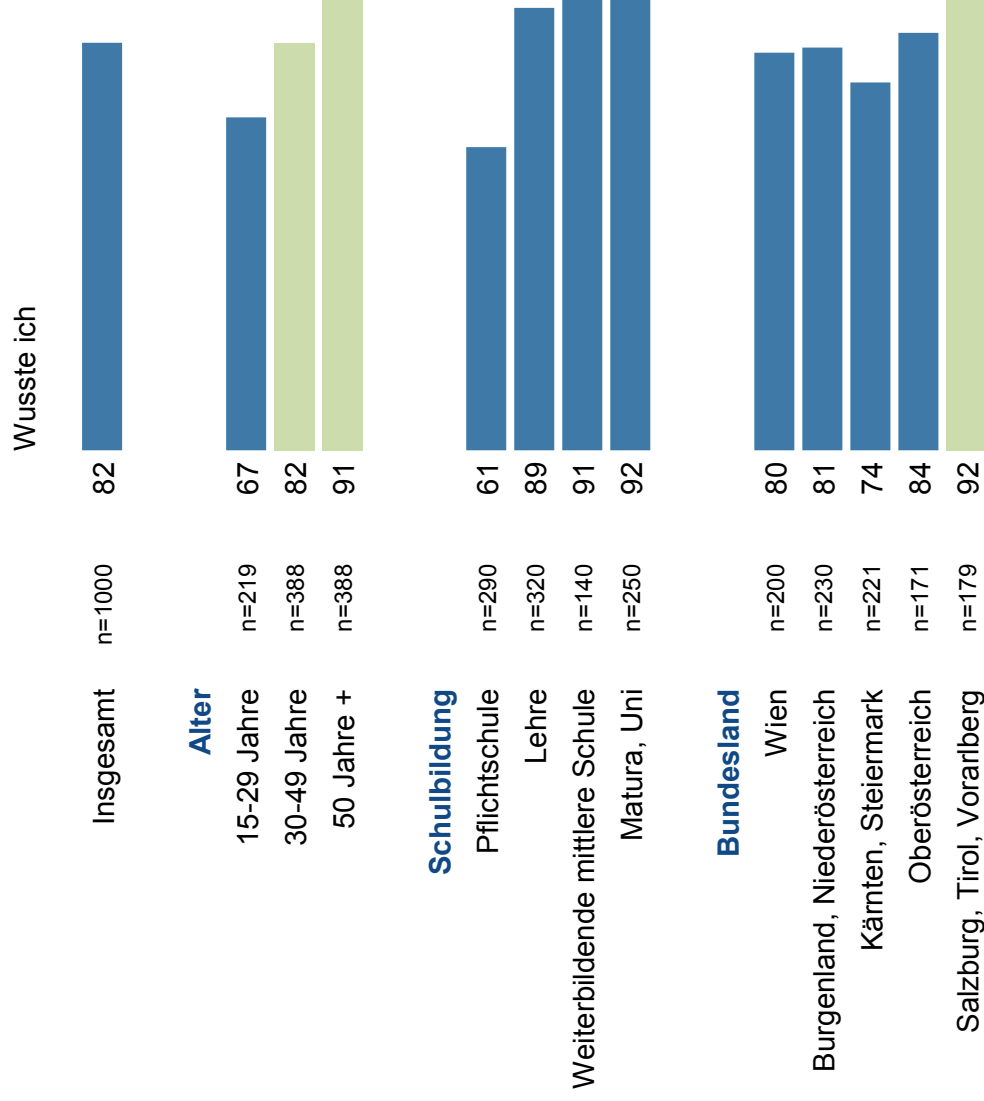
Basis: Österreichische Bevölkerung / Angaben in %



Das Wissen um die Abtrennung Süd-Tirols von Österreich nach dem Ersten Weltkrieg

Frage 2: Wussten Sie, dass Süd-Tirol nach dem Ersten Weltkrieg von Österreich abgetrennt und gegen den Willen der angestammten Süd-Tiroler Bevölkerung von Italien annektiert wurde, oder war Ihnen das nicht bekannt?

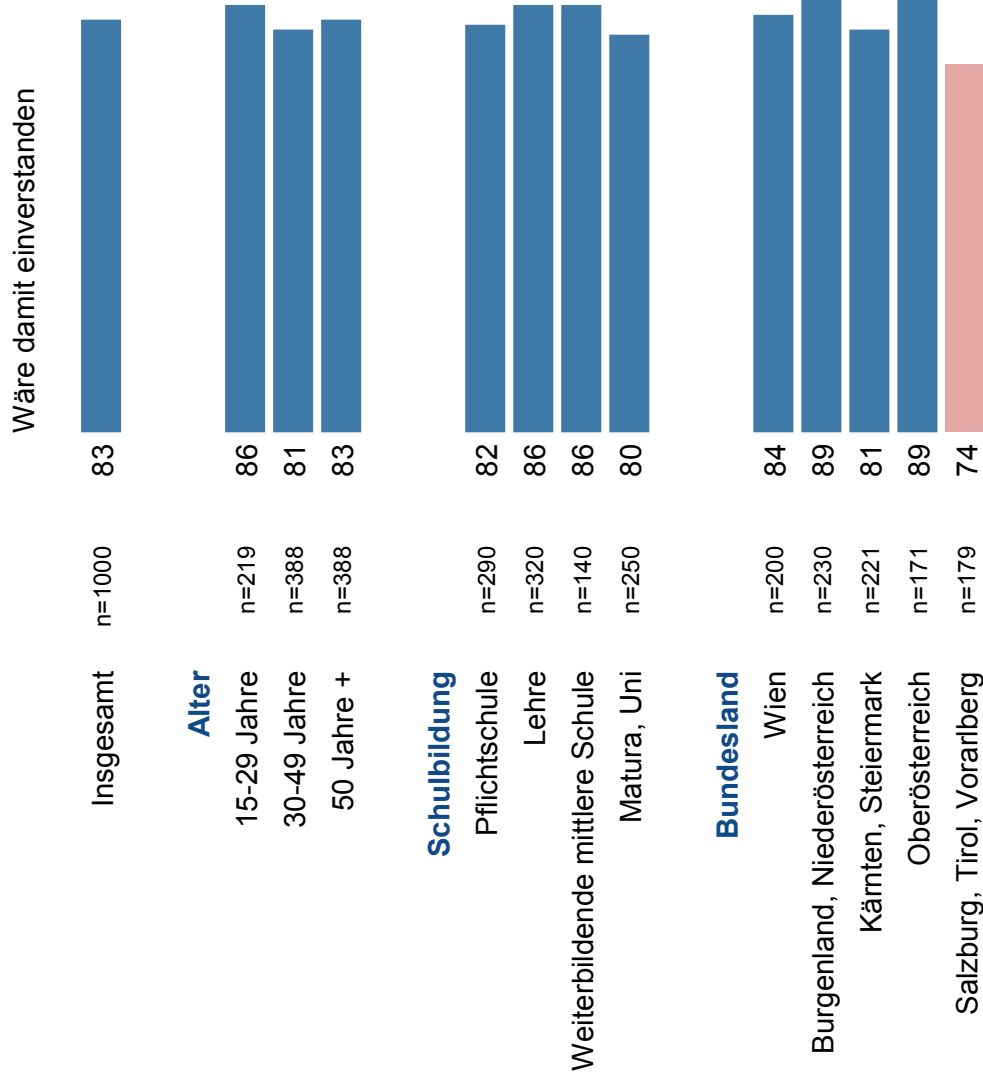
Basis: Österreichische Bevölkerung / Angaben in %



Die Zustimmung zur Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft

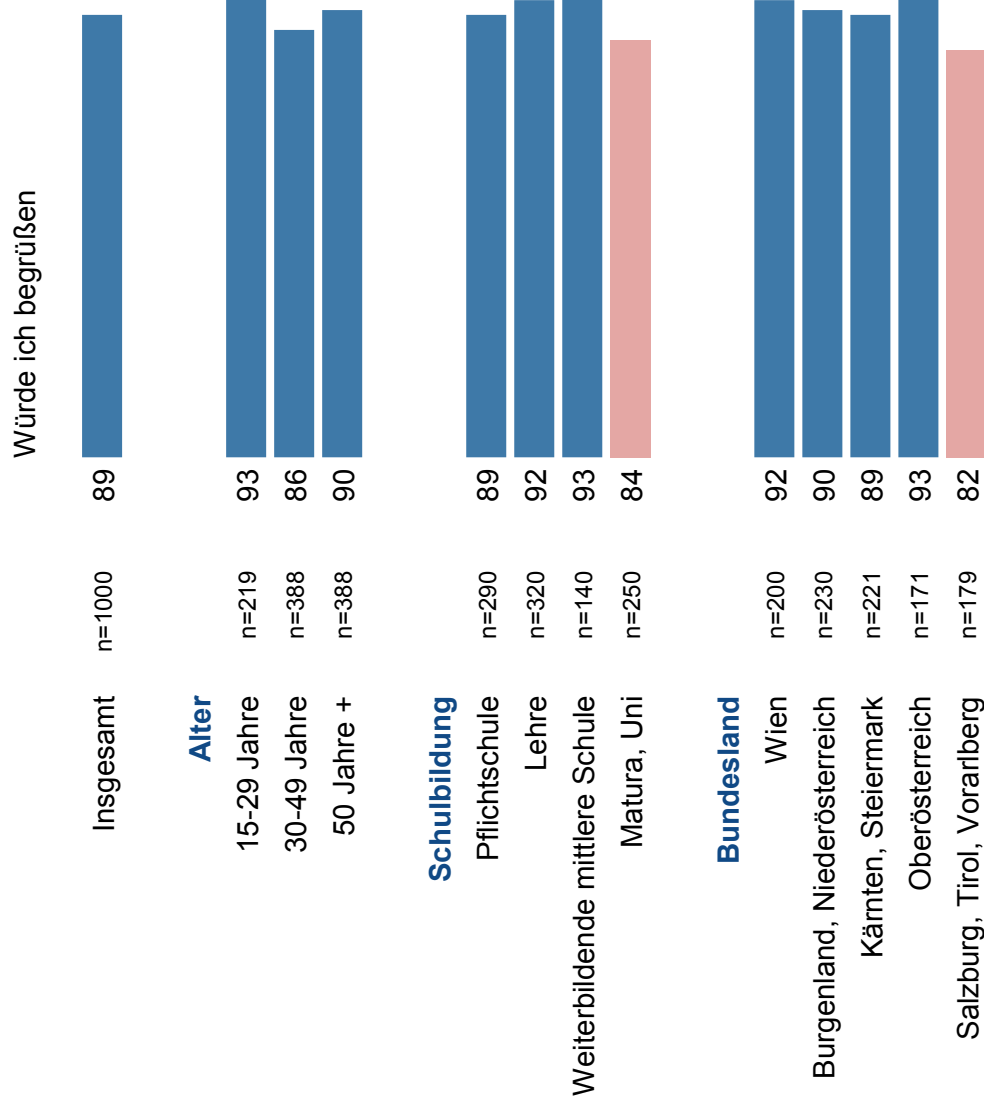
Frage 3: In Süd-Tirol gibt es die Diskussion, die Bindung zu Österreich zu stärken, indem die Süd-Tiroler wieder österreichische Staatsbürger werden. Wären Sie damit einverstanden, dass dies den Süd- Tirolern im Rahmen einer doppelten Staatsbürgerschaft gewährt würde, oder wären Sie damit nicht einverstanden?

Basis: Österreichische Bevölkerung / Angaben in %



Frage 4: In Süd-Tirol wird immer wieder der Wunsch nach Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes geäußert. Würden Sie es begrüßen, wenn die Bevölkerung Süd-Tirols in einem Referendum auf friedliche und demokratische Weise über die staatliche Zugehörigkeit des Landes entscheidet, oder würden Sie das nicht begrüßen?

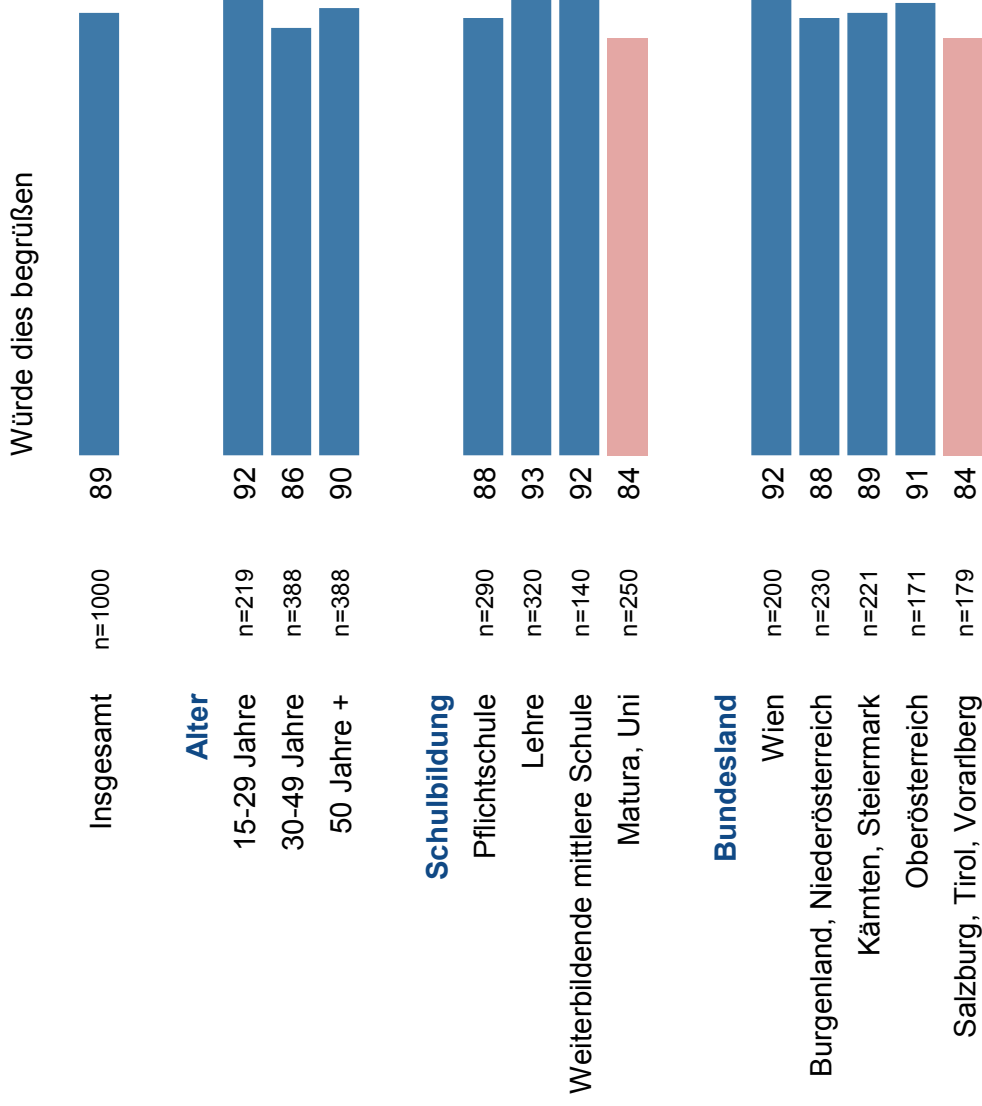
Basis: Österreichische Bevölkerung / Angaben in %



Die Haltung der Österreicher zu einem positiven Selbstbestimmungsreferendum

Frage 5: Falls sich bei einem Selbstbestimmungsreferendum die Mehrheit der Süd-Tiroler für die Wiedervereinigung mit Österreich aussprechen würde, würden Sie dies begrüßen oder nicht begrüßen?

Basis: Österreichische Bevölkerung / Angaben in %



Werte von 2 σ - doppelter Standard-Fehler - in Prozenten
 Signifikanzniveau 95.45 Prozent

Umfang der Stichprobe	n=	p=Häufigkeit eines Merkmals in der Grundgesamtheit in Prozenten									
		50	40	30	25	20	15	10	8	5	2
		50	60	70	75	80	85	90	92	95	98
100		10,00	9,80	9,20	8,66	8,00	7,24				
150		8,16	8,00	7,52	7,08	6,52	5,82				
200		7,10	6,94	6,52	6,14	5,68	5,06	4,26			
250		6,32	6,20	5,82	5,50	5,06	4,52	3,80	3,42		
300		5,80	5,68	5,30	5,00	4,64	4,24	3,48	3,24		
400		5,00	4,90	4,60	4,32	4,00	3,56	3,00	2,70	2,18	
500		4,48	4,40	4,12	3,88	3,60	3,20	2,68	2,42	1,94	
600		4,10	4,00	3,78	3,56	3,28	2,92	2,46	2,22	1,78	
700		3,78	3,70	3,48	3,28	3,02	2,70	2,26	2,04	1,64	
800		3,54	3,46	3,26	3,06	2,84	2,52	2,12	1,90	1,54	1,00
1000		3,16	3,10	2,90	2,64	2,52	2,26	1,90	1,70	1,38	0,88
1200		2,90	2,84	2,66	2,50	2,32	2,06	1,74	1,56	1,26	0,82
1400		2,70	2,62	2,46	2,32	2,14	1,92	1,62	1,44	1,18	0,76
1600		2,50	2,44	2,30	2,16	2,00	1,80	1,50	1,36	1,10	0,70
1800		2,36	2,32	2,18	2,04	1,90	1,68	1,42	1,28	1,02	0,66
2000		2,24	2,20	2,06	1,94	1,80	1,60	1,34	1,20	0,98	0,62
2500		2,00	1,96	1,84	1,72	1,60	1,42	1,20	1,08	0,88	0,56
3000		1,84	1,80	1,68	1,58	1,46	1,30	1,10	1,00	0,80	0,52
4000		1,58	1,54	1,46	1,38	1,26	1,12	0,94	0,86	0,68	0,44
5000		1,40	1,38	1,30	1,22	1,12	1,00	0,84	0,76	0,62	0,40
6000		1,30	1,28	1,20	1,12	1,04	0,92	0,78	0,70	0,56	0,36
7000		1,20	1,18	1,10	1,04	0,96	0,86	0,72	0,64	0,52	0,34
8000		1,12	1,10	1,04	0,96	0,90	0,80	0,68	0,60	0,48	0,32
10000		1,00	0,98	0,92	0,87	0,80	0,71	0,60	0,54	0,44	0,28
15000		0,82	0,80	0,75	0,71	0,65	0,58	0,49	0,44	0,36	0,23

Anmerkung: Die Lücke in der rechten oberen Ecke erklärt sich daraus, dass man bei kleinem n und kleinem p (bzw. p nahe an 100 Prozent) den Wert für σ nicht durch eine einzige Zahl ausdrücken kann.

Tabellen

SPECTRA

MARKTFORSCHUNG

UMFRAGE: 12-1564 - SELBSTBESTIMMUNGSRECHT SÜDTIROL - CATI-BUS - OKTOBER 2014
Tabella 1

	UNGEWICHTET		GEWICHTET	
	n	%	n	%
Ö. BEVÖLKERUNG				
INSGESAMT	1000	100	1000	100
GESCHLECHT				
Männer	479	48	480	48
Frauen	521	52	520	52
ALTER				
15-29 Jahre	219	22	219	22
30-49 Jahre	355	36	388	39
50 Jahre und älter	422	42	388	39
HH-NETTO-				
MONATSEINKOMMEN				
Bis 1.500 EUR	152	15	211	21
1.501 EUR bis 2.500 EUR	262	26	299	30
Über 2.500 EUR	375	38	272	27
SCHULBILDUNG				
Pflichtschule	110	11	290	29
Lehre	238	24	320	32
Weiterb.m.Schule (o.M)	178	18	140	14
Matura, Uni	474	47	250	25
WOHNORTGRÖSSE				
Land (bis 5.000 Einwohner)	440	44	440	44
Klein-, Mittelstadt	250	25	250	25
Landeshauptstadt	110	11	110	11
BUNDESLAND				
Wien	200	20	200	20
Burgenland,NÖ	219	22	230	23
Kärnten, Stmk.	232	23	221	22
Oberösterreich	170	17	171	17
Sbg., Tirol, Vbg.	179	18	179	18

UMFRAGE: 12-1564 - SELBSTBESTIMMUNGSRECHT SÜDTIROL - CATI-BUS - OKTOBER 2014
Tabelle 2

1. Nun zu einigen Fragen zu einem aktuellen politischen Thema. Es geht dabei um Südtirol. Zunächst: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in Artikel 1 der UN-Menschenrechtspakte festgelegt und von den meisten Staaten, darunter auch Österreich, anerkannt. Wussten Sie das oder war Ihnen das nicht bekannt?

	BASIS		Wusste ich		War mir nicht bekannt	
	n	%	n	%	n	%
Ö. BEVÖLKERUNG						
INSGESAMT	1000	51			49	
GESCHLECHT						
Männer	480	57			43	
Frauen	520	47			53	
ALTER						
15-29 Jahre	219	39			61	
30-49 Jahre	388	53			47	
50 Jahre und älter	388	58			42	
HH-NETTO-MONATSEINKOMMEN						
Bis 1.500 EUR	211	44			56	
1.501 EUR bis 2.500 EUR	299	51			49	
Über 2.500 EUR	272	55			45	
SCHULBILDUNG						
Pflichtschule	290	32			68	
Lehre	320	48			52	
Weiterb.m.Schule (o.M)	140	63			37	
Matura, Uni	250	72			28	
WOHNORTGRÖSSE						
Land (bis 5.000 Einwohner)	440	48			52	
Klein-, Mittelstadt	250	51			49	
Landeshauptstadt	110	63			37	
BUNDESLAND						
Wien	200	52			48	
Burgenland,NÖ	230	49			51	
Kärnten, Stmk.	221	47			53	
Oberösterreich	171	49			51	
Sbg., Tirol, Vbg.	179	61			39	

UMFRAGE: 12-1564 - SELBSTBESTIMMUNGSRECHT SÜDTIROL - CATI-BUS - OKTOBER 2014

Table 3

2. Wussten Sie, dass Südtirol nach dem Ersten Weltkrieg von Österreich abgetrennt und gegen den Willen der angestammten Süd-Tiroler Bevölkerung von Italien annektiert wurde, oder war Ihnen das nicht bekannt?

	BASIS		Wusste ich		War mir nicht bekannt	
	n	%	%	%		
Ö. BEVÖLKERUNG						
INSGESAMT	1000		82		18	
GESCHLECHT						
Männer	480		82		18	
Frauen	520		82		18	
ALTER						
15-29 Jahre	219		67		33	
30-49 Jahre	388		82		18	
50 Jahre und älter	388		91		9	
HH-NETTO-MONATSEINKOMMEN						
Bis 1.500 EUR	211		73		27	
1.501 EUR bis 2.500 EUR	299		85		15	
Über 2.500 EUR	272		85		15	
SCHULBILDUNG						
Pflichtschule	290		61		39	
Lehre	320		89		11	
Weiterb.m.Schule (o.M)	140		91		9	
Matura, Uni	250		92		8	
WOHNORTGRÖSSE						
Land (bis 5.000 Einwohner)	440		83		17	
Klein-, Mittelstadt	250		77		23	
Landeshauptstadt	110		94		6	
BUNDESLAND						
Wien	200		80		20	
Burgenland,NÖ	230		81		19	
Kärnten, Stmk.	221		74		26	
Oberösterreich	171		84		16	
Sbg., Tirol, Vbg.	179		92		8	

UMFRAGE: 12-1564 - SELBSTBESTIMMUNGSRECHT SÜDTIROL - CATI-BUS - OKTOBER 2014

Tabella 4

3. In Südtirol gibt es die Diskussion, die Bindung zu Österreich zu stärken, indem die Südtiroler wieder österreichische Staatsbürger werden. Wären Sie damit einverstanden, dass dies den Südtirolern im Rahmen einer doppelten Staatsbürgerschaft gewährt würde, oder wären Sie damit nicht einverstanden?

	BASIS		Wäre damit einverstanden		einverstanden	
	n	%	n	%	n	%
Ö. BEVÖLKERUNG						
INSGESAMT	1000	83			17	
GESCHLECHT						
Männer	480	82			18	
Frauen	520	84			16	
ALTER						
15-29 Jahre	219	86			14	
30-49 Jahre	388	81			19	
50 Jahre und älter	388	83			17	
HH-NETTO-						
MONATSEINKOMMEN						
Bis 1.500 EUR	211	90			10	
1.501 EUR bis 2.500 EUR	299	86			14	
Über 2.500 EUR	272	83			17	
SCHULBILDUNG						
Pflichtschule	290	82			18	
Lehre	320	86			14	
Weiterb.m.Schule (o.M)	140	86			14	
Matura, Uni	250	80			20	
WOHNORTGRÖSSE						
Land (bis 5.000 Einwohner)	440	84			16	
Klein-, Mittelstadt	250	81			19	
Landeshauptstadt	110	84			16	
BUNDESLAND						
Wien	200	84			16	
Burgenland, NÖ	230	89			11	
Kärnten, Stmk.	221	81			19	
Oberösterreich	171	89			11	
Sbg., Tirol, Vbg.	179	74			26	

UMFRAGE: 12-1564 - SELBSTBESTIMMUNGSRECHT SÜDTIROL - CATI-BUS - OKTOBER 2014
Tabelle 5

4. In Südtirol wird immer wieder der Wunsch nach Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes geäußert. Würden Sie es begrüßen, wenn die Bevölkerung Südtirols in einem Referendum auf friedliche und demokratische Weise über die staatliche Zugehörigkeit des Landes entscheidet, oder würden Sie das nicht begrüßen?

	BASIS		Würde ich begrüßen		Würde ich nicht begrüßen	
	n	%	%	n	%	n
Ö. BEVÖLKERUNG						
INSGESAMT	1000		89		11	
GESCHLECHT						
Männer	480		89		11	
Frauen	520		89		11	
ALTER						
15-29 Jahre	219		93		7	
30-49 Jahre	388		86		14	
50 Jahre und älter	388		90		10	
HH-NETTO-MONATSEINKOMMEN						
Bis 1.500 EUR	211		94		6	
1.501 EUR bis 2.500 EUR	299		91		9	
Über 2.500 EUR	272		86		14	
SCHULBILDUNG						
Pflichtschule	290		89		11	
Lehre	320		92		8	
Weiterb.m.Schule (o.M)	140		93		7	
Matura, Uni	250		84		16	
WOHNORTGRÖSSE						
Land (bis 5.000 Einwohner)	440		90		10	
Klein-, Mittelstadt	250		89		11	
Landeshauptstadt	110		80		20	
BUNDESLAND						
Wien	200		92		8	
Burgenland, NÖ	230		90		10	
Kärnten, Stmk.	221		89		11	
Oberösterreich	171		93		7	
Sbg., Tirol, Vbg.	179		82		18	

UMFRAGE: 12-1564 - SELBSTBESTIMMUNGSRECHT SÜDTIROL - CATI-BUS - OKTOBER 2014

Table 6

5. Falls sich bei einem Selbstbestimmungsreferendum die Mehrheit der Süd-Tiroler für die Wiedervereinigung mit Österreich aussprechen würde, würden Sie dies begrüßen oder nicht begrüßen?

	BASIS		Würde dies begrüßen		Würde dies nicht begrüßen	
	n	%	n	%	n	%
Ö. BEVÖLKERUNG						
INSGESAMT	1000		89		11	
GESCHLECHT						
Männer	480		89		11	
Frauen	520		89		11	
ALTER						
15-29 Jahre	219		92		8	
30-49 Jahre	388		86		14	
50 Jahre und älter	388		90		10	
HH-NETTO-MONATSEINKOMMEN						
Bis 1.500 EUR	211		95		5	
1.501 EUR bis 2.500 EUR	299		90		10	
Über 2.500 EUR	272		86		14	
SCHULBILDUNG						
Pflichtschule	290		88		12	
Lehre	320		93		7	
Weiterb.m.Schule (o.M)	140		92		8	
Matura, Uni	250		84		16	
WOHNORTGRÖSSE						
Land (bis 5.000 Einwohner)	440		89		11	
Klein-, Mittelstadt	250		88		12	
Landeshauptstadt	110		87		13	
BUNDESLAND						
Wien	200		92		8	
Burgenland,NÖ	230		88		12	
Kärnten, Stmk.	221		89		11	
Oberösterreich	171		91		9	
Sbg., Tirol, Vbg.	179		84		16	

Umfrage-Nr: 12-1564 CATI-Bus KW 42

Thema: Meinungsbefragung Selbstbestimmungsrecht Südtirol

Zielgruppe: Österr. Bevölkerung ab 15 Jahre

Soweit in diesem **Fragebogen** personenbezogene Ausdrücke verwendet werden, umfassen diese Frauen und Männer gleichermaßen.

1.
Nun zu einigen Fragen zu einem aktuellen politischen Thema? Es geht dabei um Südtirol. Zunächst: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in Artikel 1 der UN-Menschenrechtspakte festgelegt und von den meisten Staaten, darunter auch Österreich, anerkannt. Wussten Sie das oder war Ihnen das nicht bekannt?

- 1: Wusste ich
 - 2: War mir nicht bekannt
-

2.
Wussten Sie, dass Süd-Tirol nach dem Ersten Weltkrieg von Österreich abgetrennt und gegen den Willen der angestammten Südtiroler Bevölkerung von Italien annektiert wurde, oder war Ihnen das nicht bekannt?

- 1: Wusste ich
 - 2: War mir nicht bekannt
-

3.
In Süd-Tirol gibt es die Diskussion, die Bindung zu Österreich zu stärken, indem die Süd-Tiroler wieder österreichische Staatsbürger werden. Wären Sie damit einverstanden, dass dies den Süd-Tirolern im Rahmen einer doppelten Staatsbürgerschaft gewährt würde, oder wären Sie damit nicht einverstanden?

- 1: Wäre damit einverstanden
 - 2: Wäre damit nicht einverstanden
-

4.
In Süd-Tirol wird immer wieder der Wunsch nach Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes geäußert. Würden Sie es begrüßen, wenn die Bevölkerung Süd-Tirols in einem Referendum auf friedliche und demokratische Weise über die staatliche Zugehörigkeit des Landes entscheidet, oder würden Sie das nicht begrüßen?

- 1: Würde ich begrüßen
 - 2: Würde ich nicht begrüßen
-

5.
Falls sich bei einem Selbstbestimmungsreferendum die Mehrheit der Süd-Tiroler für die Wiedervereinigung mit Österreich aussprechen würde, würden Sie dies begrüßen oder nicht begrüßen?

- 1: würde dies begrüßen
- 2: würde dies nicht begrüßen

Die Meinung der Österreicher aus der Sicht der Süd-Tiroler Jugend



Benjamin Pixner,
Landesjugendsprecher und Gemeinderat der Süd-Tiroler Freiheit

Sehr geehrte Medienvertreter, liebe Anwesende,

Mein Name ist Benjamin Pixner und ich bin 24 Jahre alt. Sehr jung habe ich mich schon für die Politik und die Geschichte Süd-Tirols interessiert, mit der Zeit wurde aus Interesse, Leidenschaft und ich fühlte mich bereit in der Politik aktiv zu werden. Somit trat ich der im Jahre 2007 gegründeten Bewegung Süd-Tiroler Freiheit bei. Durch diese erhielt ich die Möglichkeit, im Alter von 19 Jahren in meiner Heimatgemeinde zum Gemeinderat gewählt zu werden. Daraufhin übernahm ich das Amt des Landesjugendsprechers.

Diese frische und aktive Bewegung tritt für eine bessere Zukunft Süd-Tirols ohne Italien ein. Wir richten unser Wirken nach den Grundsätzen der Menschenrechte aus. Unsere Entscheidungen sollen den Vorgaben von Recht und Gerechtigkeit folgen.

Schwerpunkte sind: Selbstbestimmung, Heimat, Jugend, Umwelt, Familie und Chancengleichheit. Der Spruch „Süd-Tirol ist nicht Italien“ ist das Markenzeichen dieser jungen, politischen Bewegung. Im Süd-Tiroler Landtag ist die Bewegung Süd-Tiroler Freiheit mit drei Landtagsabgeordneten vertreten, außerdem ist die Bewegung Vollmitglied der Europa-Partei „EFA“ Europäische Freie Allianz. Womit wir, gemeinsam mit vielen anderen Minderheiten in Europa, ein starkes Netzwerk für die Selbstbestimmung bilden.

Für mich ist es eine Ehre, heute hier in Wien bei dieser Pressekonferenz, die Ergebnisse dieser Umfrage aus Sicht der Jugend zu präsentieren, da diese zur Zeit auch ein großes Herzensanliegen der Süd-Tiroler Bevölkerung ist. Wie man bei dieser Umfrage, die gerade eben vorgestellt wurde sieht, ist es auch ein besonderes Anliegen der Österreicherinnen und Österreicher.

Nicht zuletzt bin ich persönlich stolz darauf, mich hier in der Bundeshauptstadt meines Vaterlandes für die Interessen meiner Heimat - und somit einer österreichischen Minderheit - einzusetzen.

Wenn man die Entwicklung Europas kennt und mitverfolgt, kann man klar erkennen, dass friedliche Grenzverschiebungen möglich und real sind. Ein gutes Beispiel dafür ist der Mauerfall in Deutschland, der sich im letzten Jahr zum 25. Mal jährte. Aber nicht nur dieses Beispiel ist ausschlaggebend für die Weiterentwicklung Europas, wie uns ein Blick nach Schottland und Katalonien zeigt, wo freiheitsliebende Völker mit demokratischen Mitteln und durch die Selbstbestimmung ihren eigenen Weg gehen wollen.

Neben dem Veneto, Sardinien, Triest und der Lombardei, sind wir Südtiroler in Italien nicht allein jene, welche die Unabhängigkeit und somit die Loslösung von diesem Staat anstreben.

Ich bin überzeugt, dass die gegenwärtigen Vorkommnisse und Abstimmungen in Schottland und Katalonien bei dieser abgehaltenen Meinungsumfrage einen wesentlichen Teil beigetragen bzw. die Beantwortung der Fragen beeinflusst haben. Nicht nur weil Medien und Presse vermehrt im Zusammenhang mit Schottland von Süd-Tirol berichteten, sondern es gibt zusätzlich viele andere Gründe, die den separatistischen Bewegungen in Europa Aufschwung verschaffen.

Besonders die Jugend ist heute viel weltoffener und bereit für Neues - in der heutigen, schnelllebigen Zeit brauchen junge Menschen Ziele, die sie anstreben und somit etwas

bewegen können. Das erkennt man nicht nur bei uns in Süd-Tirol, wo sich immer mehr Jugendliche für die Freiheit Süd-Tirols einsetzen. Dazu möchte ich an dieser Stelle anmerken, dass die Bewegung Süd-Tiroler Freiheit, das Durchschnittsalter der Mitglieder betrachtet, zu den jüngsten politischen Organisationen des Landes zählt.

Ein gutes Beispiel dafür, dass das Interesse der Jugend wächst, findet sich auch beim Unabhängigkeitsreferendum in Schottland, wo besonders die jungen Bürger für ein YES gestimmt haben. Den Wahlergebnissen nach kann man ruhig behaupten, dass die ältere Bevölkerung der Jugend die Unabhängigkeit verwehrt hat.

Es freut mich zu sehen, dass sich dieser weltoffene und freiheitsliebende Jugendtrend in der heute vorgestellten Meinungsumfrage widerspiegelt. Wenn man die Ergebnisse genauer unter die Lupe nimmt, kann man klar erkennen, dass die Geschichtsbildung und das Wissen über Süd-Tirol von der Höhe des Schulabschlusses und des Alters abhängig sind. Meinen Informationen nach, ist das nicht so zu erklären, dass nur ab den Hochschulen über dieses Thema gelehrt wird, sondern weil sich die Menschen mit dem Alter selbst Informationen sammeln und dafür Interesse zeigen.

Süd-Tirol spielt in der österreichischen Geschichte eine wesentliche und wichtige Rolle und das wird auch in Zukunft so sein. Somit sollte der südliche Teil Tirols bereits ab der Pflichtschule einen fixen Platz im österreichischen Lehrplan finden.

Weiteres zeigt die repräsentative Umfrage, dass die Jugend offener mit einer Veränderung, sprich Wiederangliederung oder Doppelstaatsbürgerschaft umgehen kann. Aber auch bei der älteren Bevölkerungsschicht findet sich bei diesen Ergebnissen ein deutlicher und erfreulicher Zuspruch. Das ist ein wichtiges Fundament für die Zukunft, denn wenn die verschiedenen Generationen zusammenhalten und an einem Strang ziehen, werden wir gemeinsam unser Ziel erreichen und Geschichte schreiben.

Erstaunlich ist, dass besonders diese Umfragen, die in Bezug zu diesem Unrecht stehen, Gehör in der Bevölkerung finden und solange über dieses Thema diskutiert und kommuniziert wird, wird der Freiheitswille nie erlöschen. Wenn man bedenkt, dass es nach rund 100 Jahren der Zerreißung Tirols immer noch und besonders junge Menschen gibt die dieses Unrecht richtigstellen wollen, dann können wir zuversichtlich in die Zukunft blicken!

Deshalb hält kein Unrecht ewig, es kommt zusammen, was zusammen gehört!

Benjamin Pixner
Landesjugendsprecher und Gemeinderat der Süd-Tiroler Freiheit

Dank an Österreich für die Hilfe in schwerer Zeit und auch danach



Sepp Mitterhofer, ehemaliger Freiheitskämpfer

Nachdem ich in Wien nur wenig bekannt bin, möchte ich mich zuallererst vorstellen. Ich bin am 22. Februar 1932 in Meran geboren und bin Altbauer am Unterhaslerhof in Obermais/Meran. Ich bin Ehrenobmann des Südtiroler Heimatbundes und Freiheitskämpfer der 60er Jahre. Ich bin wie viele andere Südtiroler im Juli 1961 verhaftet und schwer misshandelt worden. Ich musste knapp 8 Jahre Gefängnis absitzen und bin mit stark angeschlagener Gesundheit am 15. Juni 1969, es war zufällig Herz-Jesu-Sonntag, wieder zu meiner Familie und dem Hof heimgekehrt. Die Wiedereingliederung in die menschliche Gesellschaft nach so vielen Jahren der Abwesenheit gestaltete sich sehr schwierig. Erst nach einigen Jahren raffte ich mich auf wieder bei der Obermaiser Musikkapelle, deren Mitglied ich ja war, aktiv mitzuwirken. Ich bin Gründungsmitglied des SHB, den die

Südtiroler polit. Häftlinge 1974 gegründet haben, bin im Bundesausschuss seit der Gründung aktiv gewesen und war von 1990 bis 2011 dessen Obmann. Ich bin auch Gründungsmitglied der Bewegung Südtiroler Freiheit (2007) und war bis voriges Jahr im Hauptausschuss tätig. Die Arbeitsgruppe für Selbstbestimmung habe ich mit Dr. Bruno Hosp 2004 gegründet und 10 Jahre geleitet. 1959 habe ich mit einigen Kollegen die Obermaiser Schützenkompanie gegründet. Ich möchte die heutige Gelegenheit benützen, um all jenen österreichischen Politikern und Bürgerinnen und Bürgern zu danken, welche uns Südtiroler in unserer schweren Zeit finanziell, moralisch und wie auch immer, tatkräftig unterstützt haben! Die Nord- und Osttiroler haben uns aktiv im Freiheitskampf unterstützt und dabei Freiheit und sogar das Leben riskiert, deshalb gebührt ihnen unser besonderer Dank! Wenn wir auch damals unser Ziel, die Wiedervereinigung Tirols nicht erreicht haben, so haben wir wenigstens ein Teil-Ziel, die verbesserte Autonomie erreicht, welche uns zusammen mit dem Fleiß der Südtiroler einen Wohlstand erreicht haben, mit dem man angemessen leben kann. Allerdings wurden uns in den letzten Jahren wieder einige Kompetenzen genommen und Verträge gebrochen, welche erst wieder zurückerobert werden müssen. Unsere Regierungspartei, die Südtiroler Volkspartei, spricht zwar immer wieder vollmundig von Vollautonomie, aber wie sie das mit diesen vertragsbrüchigen, chaotischen italienischen Regierung zustande bringen will, steht in den Sternen! Wenn sie die Augen nicht verschließen täte und von den Erfahrungen die wir seit der Annexion durch Italien gemacht haben, dann müsste die SVP schnellstens Schritte in die Wege leiten, um von diesem korrupten, skandalösen Staat wegzukommen! Wenn wir eine echte demokratische Regierung in Südtirol hätten, dann würde sie mehr auf das Volk der Südtiroler hören, denn die Mehrheit ist für ein „Los von Rom“. Abschließend möchte ich ebenso einen aufrichtigen Dank anbringen und zwar an die Universitätsklinik in Innsbruck für ihr entgegenkommen und an verschiedene Universitäten in Österreich, wo wir bevorzugte Behandlung für Studenten genießen! Wenn wir uns auch in den vergangenen knapp 100 Jahren der Trennung etwas auseinander gelebt haben, so hat man doch immer wieder gemerkt, dass Österreich 600 Jahre unser Vaterland war und hoffen, dass es in absehbarer Zeit wieder so wird! Das erfreuliche Ergebnis der Meinungsumfrage in Österreich, ist ein gutes Zeichen dafür!

Den anwesenden Journalisten danke ich recht herzlich für das Erscheinen, das Interesse, dass sie sich die Zeit genommen haben und ersuche sie um eine seriöse Berichterstattung!

Sepp Mitterhofer
Ehemaliger Freiheitskämpfer und Ehrenobmann des SHB



**Südtiroler
Heimatbund**

Roland Lang - Greifensteiner Weg 12 - 39018 Terlan - Süd-Tirol
info@suedtiroler-freiheitskampf.net
www.suedtiroler-freiheitskampf.net